

10. November 2010

Postulat

von Guido Bergmaier (SVP)
und Jedidjah Bollag (SVP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Ausrichtung von Prämienverbilligungen bei Krankenkassenversicherungen an abgewiesene Asylbewerber (Sans-Papiers, illegal Anwesende) umgehend eingestellt werden kann.

Begründung

In der Stadt Zürich beziehen zahlreiche Sans-Papiers Prämienverbilligungen. Das Geld wird direkt an die Krankenkassen überwiesen. Das Profitieren von staatlichen Leistungen durch Illegale ist unhaltbar. Das Bundesamt hält zwar fest, dass Sans-Papiers ein Anrecht auf Prämienverbilligungen hätten. Die Rechtslage dazu ist aber in verschiedener Hinsicht unklar, u.a. können laut kantonalem Recht nur Steuerpflichtige Prämienverbilligungen erhalten.

Der Bundesrat will die Situation überprüfen lassen. Der gewünschte Bericht soll aber frühestens Ende 2011 vorliegen. Das Bundesamt für Migration (BFM) empfiehlt indessen, abgewiesene Asylbewerber nicht mehr in das Krankenversicherungssystem aufzunehmen. Das sehen viele andere Kantone und Gemeinden in der Schweiz auch so. Ein Staat muss Illegale ausweisen und nicht noch weitere Zuwanderer mit Unterstützungsleistungen anlocken. Sonst macht er sich als Rechtsstaat unglaubwürdig und wird zum Gespött. Es ist verlogen, wenn mit Steuergeldern eine Krankenkasse für Leute finanziert wird, die sich illegal hier aufhalten und sich, wie die Sans-Papiers, um die Aufenthaltsbestimmungen füttern.

Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum die Stadt Zürich mit Steuergeldern einem späteren Entscheid weiter voraus eilen soll. Falsch verstandene und unnötige Grosszügigkeit ist von vielen Bürgern und Bürgerinnen kaum nachvollziehbar und wird nicht mehr goutiert.

